

Wer als Vermittler nicht nur Versicherungen, sondern auch andere Finanzanlagen, wie zum Beispiel Investmentfonds, geschlossene Fonds, Treuhandvermögen, Genussrechte und Namensschuldverschreibungen anbietet, muss seit dem 1. Januar 2013 diesbezüglich eine entsprechende Erlaubnis einholen und sich im Vermittlerregister registrieren lassen.

Dies ergibt sich aus § 34f GewO, der ab dem 1. Januar 2013 im Rahmen der Regulierung der Finanzanlagenvermittlung neu in die Gewerbeordnung aufgenommen wurde. Zahlreiche Inhalte des § 34f GewO sind bereits aus dem § 34d GewO bekannt, der die rechtlichen Voraussetzungen für die Vermittlung von Versicherungen regelt. So müssen beispielsweise Vermittler von Finanzanlagen gemäß § 34f GewO, um eine entsprechende Erlaubnis zu bekommen und sich im Vermittlerregister registrieren lassen zu können, ebenfalls

- ihre Zuverlässigkeit,
- geordnete Vermögensverhältnisse,
- ihre Sachkunde

sowie gemäß § 34f Abs. 2 Nr. 3 GewO

- eine Berufs- bzw. Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung

nachweisen.

Zuständig für die Erlaubniserteilung und Registrierung bei der Vermittlung oder Beratung von Finanzanlagen sind je nach Bundesland die IHK oder das Gewerbeamt.

Konkretisiert wird der § 34f GewO durch die Finanzanlagenvermittlungsverordnung (FinVermV). Diese regelt Detailfragen unter anderem zur für die Erlaubnis notwendigen Sachkundeprüfung, zur Provisionoffenlegung, zu den Beratungs- und Dokumentationspflichten sowie zum öffentlichen Register (Vermittlerregister) und in Abschn. 3 der FinVermV auch zur Berufs- bzw. Vermögensschadenshaftpflichtversicherung.

## **2.1 Finanzanlagen, für die eine Erlaubnis- und Registrierungspflicht bei der Beratung und Vermittlung notwendig ist**

Betroffen von der Erlaubnis- und Registrierungspflicht sind gemäß § 34f GewO Abs. 1 Vermittler bzw. Berater, die folgende Finanzanlageformen in ihrem Produktportfolio haben:

Finanzanlagen gemäß § 34f Abs. 1 Nr. 1 GewO sind Anteilscheine oder Aktien an inländischen offenen Investmentvermögen, offenen EU-Investmentvermögen oder ausländischen offenen Investmentvermögen, die nach dem Kapitalanlagegesetzbuch (KAGB) vertrieben werden dürfen. Darunter fallen beispielsweise zahlreiche Investment- oder sonstige offene Fonds wie Geldmarktfonds, Rentenfonds, Aktienfonds, offene Immobilienfonds, Dachfonds (mit Ausnahme von Hedgefonds im Sinne des bis Juli 2013 geltenden § 112 InvG (Investmentgesetz), sogenannte Single-Hedgefonds, die nicht öffentlich vertrieben werden dürfen), Zertifikatfonds und auch Investmentprodukte.

Finanzanlagen gemäß § 34f Abs. 1 Nr. 2 GewO sind Anteile oder Aktien an inländischen geschlossenen Investmentvermögen, geschlossenen EU-Investmentvermögen oder ausländischen geschlossenen Investmentvermögen, die nach dem Kapitalanlagegesetzbuch vertrieben werden dürfen. Darunter fallen viele geschlossene Immobilienfonds, Projektentwicklungsfonds, Medienfonds, Containerfonds, Private Equity Fonds, Flugzeugfonds, Zweitmarktfonds, Leasingfonds oder Umweltfonds sowie Anteile an sonstigen geschlossenen Fonds (zum Beispiel Treuhandfonds), die die Voraussetzungen des KAGB erfüllen.

Finanzanlagen gemäß § 34f Abs. 1 Nr. 3 GewO sind Vermögensanlagen im Sinne des § 1 Abs. 2 Vermögensanlagengesetzes (VermAnlG). Darunter fallen Vermögensanlagen, also nicht in Wertpapieren im Sinne des Wertpapierprospektgesetzes verbriefte Anteile, die eine Beteiligung am Ergebnis eines Unternehmens gewähren, Anteile an einem Vermögen, das der Emittent oder ein Dritter in eigenem Namen für fremde Rechnung hält oder verwaltet (Treuhandvermögen), die nicht als geschlossenes Investmentvermögen im Sinne des KAGB zu qualifizieren sind, Genussrechte und Namensschuldverschreibungen, also zum Beispiel öffentlich angebotene Anteile an einer Genossenschaft wie Investitionen in Windparks, stille Beteiligungen.

Achtung: Seit dem 22. Juli 2013 ist das Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2011/61/EU über die Verwalter alternativer Investmentfonds (AIFM-Umsetzungsgesetz) in Kraft getreten. Im Rahmen dazu, wurde das Investmentgesetz aufgehoben und durch das Kapitalanlagegesetzbuch (KAGB) ersetzt. Das KAGB wurde für die Regulierung aller Investmentfonds (offene und geschlossene Fonds) und ihre Manager geschaffen. Durch das AIFM-Umsetzungsgesetz wurden auch die Erlaubnistatbestände des § 34f Abs. 1 Nr. 1 bis 3 GewO an die neue Terminologie des KAGB angepasst. Insbesondere wer eine Erlaubnis nach der bisherigen Regelung, also der bis zum 21. Juli 2013 geltenden Fassung des § 34f Abs. 1 Nr. 2 oder 3 GewO hat, sollte seinen Erlaubnisumfang nochmals hinsichtlich der vermittelten Produkte überprüfen.

Es kann nämlich durchaus sein, dass ein Finanzanlagenvermittler, der Anteile an geschlossenen Fonds vermittelt, die nun unter das KAGB fallen, bisher aber nur eine ent-

sprechende Erlaubnis nach § 34f Abs. 1 Nr. 3 GewO hatte, seit dem 22. Juli 2013 eine Erweiterung der Erlaubnis auf § 34f Abs. 1 Nr. 2 GewO sowie eine Änderung der Registereintragung benötigt. So fallen beispielsweise geschlossene Fonds im Treuhandmodell nach Angaben von Norman Wirth, Fachanwalt für Versicherungsrecht und Finanzwirt, Geschäftsführender Vorstand des AfW – Bundesverband Finanzdienstleistung e. V., seit dem 22. Juli 2013 unter den Erlaubnistatbestand des § 34f Abs. 1 Nr. 2 GewO und nicht wie vorher in § 34f Abs. 1 Nr. 3 GewO.

Ob die Produkte tatsächlich in § 34f Abs. 1 Nr. 2 oder 3 GewO einzuordnen sind, kann in der Regel beim Produktgeber oder auch bei der Bafin erfragt werden.

Die Volljuristin und Prokuristin der Allcura Versicherungs-AG, Frau Michaela Simon-Widmann, erklärt zum Thema Zweitmarktfonds: „Gebrauchte‘ Kommanditanteile von Fonds (zum Beispiel Schiffsfonds, Lebensversicherungsfonds) sind Finanzinstrumente. Wie das Verwaltungsgericht Frankfurt entschieden hat (Anmerkung der Redaktion: Urteil Az.: 9K 3960/12F), sind die Anleger, die ihre Anteile an den Zweitmarkt verkaufen wollen, Anbieter im Sinne von § 2 Abs. 6 Satz 1 Ziff. 8 KWG (Kreditwesengesetz), sodass die Vermittlung je nach Produktkategorie nach § 34f Abs. 1 Nr. 2 oder 3 GewO erlaubnispflichtig ist.“

Übrigens: Die Erlaubnis kann im Rahmen des § 34f GewO auch auf eine oder mehrere Produktkategorien, wie sie in § 34f Abs. 1 Nr. 1 bis 3 GewO aufgeführt sind, beschränkt werden.

Wer zum Beispiel nur den Tätigkeitsbereich, wie er in § 34f Abs. 1 Nr. 1 GewO beschrieben ist, ausübt, kann seine Erlaubnis auch nur auf diese Tätigkeitsart und die darin beschriebenen Finanzprodukte beschränken. Dementsprechend muss – zumindest gesetzlich gesehen – dann auch der jeweilige VSH-Versicherungsumfang nur diese Tätigkeit bzw. die hier genannten Produkte abdecken.

### **2.1.1 Versicherungsvermittler und -berater, die bereits als Finanzanlagenvermittler und Berater tätig sind**

Vermittler bzw. Anlageberater, denen es bereits erlaubt war bestimmte Finanzanlagen bis zum 1. Januar 2013 zu vermitteln bzw. eine Beratung durchzuführen, wurde gemäß § 157 GewO eine Übergangsfrist gewährt. Konkret konnten Gewerbetreibende, die bis Jahresanfang 2013 eine Erlaubnis für die Vermittlung bzw. Beratung von Verträgen im Sinne des vor dem 1. Januar 2013 geltenden § 34c Abs. 1 Nr. 2 oder 3 GewO hatten und diese Tätigkeit weiterhin ausüben wollen, noch bis zum 1. Juli 2013 eine Erlaubnis als Finanzanlagenvermittler nach § 34f Abs. 1 GewO beantragen und sich registrieren lassen.

Für die Erlaubniserteilung ist eine entsprechende Berufshaftpflichtversicherung für die Finanzanlagenvermittlung bzw. -beratung notwendig. Da die bereits für die Versicherungsvermittlung gesetzlich vorgeschriebene Vermögensschaden- bzw. Berufshaftpflichtversicherung in der Regel die Risiken einer Finanzanlagenvermittlung nicht enthält, muss

der Vermittler, der nicht nur Versicherungen, sondern auch Finanzanlagen vermittelt, sicherstellen, dass der Versicherungsschutz für beide Risiken besteht.

Zudem muss der Finanzanlagenvermittler einen Sachkundenachweis erbringen. Wer unter die Alte-Hasen-Regelung fällt, also seit dem 1. Januar 2006 ununterbrochen als unselbstständiger oder selbstständiger Anlagevermittler oder -berater gemäß § 34c Abs. 1 Nr. 2 und/oder Nr. 3 GewO in der bis zum 31. Dezember 2012 geltenden Fassung tätig war und dies belegen kann, benötigt für den Sachkundenachweis keine Prüfung. Dies gilt auch für Vermittler, die einen prüfungsbefreienden Beruf vorweisen können, wie zum Beispiel Bankkaufmann, Bankfachwirt (IHK), Fachwirt für Versicherungen und Finanzen (IHK), Kaufmann für Versicherungen und Finanzen „Fachrichtung Finanzberatung“ oder auch Investmentfondskaufmann. Weitere Berufsqualifikationen, die als Sachkundenachweis dienen, wie ein abgeschlossenes Studium der Fachrichtung Bank, Versicherungen oder Finanzdienstleistung mit mindestens einjähriger Berufserfahrung im Bereich Anlageberatung oder -vermittlung, enthält der § 4 FinVermV. Alle anderen müssen eine erfolgreich bestandene IHK-Sachkundeprüfung nachweisen. Wird der erforderliche Sachkundenachweis nicht bis zum 1. Januar 2015 erbracht, erlischt eine bereits gewährte Erlaubnis.

Achtung: Die Erlaubnis des § 34c Abs. 1 Nr. 2 oder Nr. 3 GewO in der bisherigen Fassung bis zum 1. Januar 2013 ist mit einer bestandskräftigen Entscheidung über den Erlaubnisantrag nach § 34f GewO, spätestens aber zum 1. Juli 2013 erloschen.

Alle Vermittler mit bisheriger § 34c-GewO-Erlaubnis (Abs. 1 Nr. 2 oder 3), die nicht bis zum 1. Juli 2013 eine Erlaubnis nach § 34f GewO erhalten haben, verfügen über keine Erlaubnis mehr, entsprechende Finanzanlagen zu vermitteln oder darüber zu beraten. Es war also wichtig, frühzeitig, also lange vor dem 1. Juli 2013 eine Erlaubnis nach § 34f GewO zu beantragen, da man sonst zwischen dem 1. Juli 2013 und der tatsächlichen Erteilung der Erlaubnis nach § 34f GewO keine Finanzanlagen vermitteln bzw. darüber beraten darf.

### **2.1.2 Versicherungsvermittler und -berater, die künftig Finanzanlagen mit anbieten möchten**

Wer bisher ausschließlich für die Tätigkeit als Versicherungsvermittler oder -berater eine Erlaubnis und Registrierung nach § 34d oder e GewO hatte, muss, wenn er künftig Finanzanlagen vermitteln oder darüber beraten will, eine Erlaubnis nach § 34f GewO beantragen und sich registrieren lassen.

Zudem muss die bestehende Berufshaftpflichtversicherung für die Risiken einer Finanzanlagevermittlung bzw. -beratung entsprechend erweitert oder auch eine zusätzliche Berufshaftpflichtversicherung abgeschlossen werden.

### **2.1.3 Angestellter Finanzanlagenvermittler- und -berater**

Anders als bei der Versicherungsvermittlung nach § 34d GewO müssen bei der Finanzanlagenvermittlung gemäß § 34f Abs. 4 GewO auch angestellte Finanzanlagenvermittler einen Sachkundenachweis erbringen, wenn sie unmittelbar in der Finanzanlagenberatung und -vermittlung tätig sind. Ein Vermittler- bzw. Maklerbüro, bei dem nicht nur Versicherungen, sondern auch Finanzanlagen vermittelt werden, muss also sicherstellen, dass Angestellte, die unmittelbar in der Finanzanlagenberatung und -vermittlung tätig sind, über einen Sachkundenachweis, aber auch über die erforderliche Zuverlässigkeit verfügen. Andernfalls kann dem Unternehmen die Beschäftigung dieser Person untersagt werden.

---

## **2.2 Gesetzliche Mindestanforderungen an die Berufshaftpflichtversicherung für Finanzanlagenvermittler und -berater**

Die gesetzlichen Anforderungen, die grundsätzlich an eine Berufs- bzw. Vermögensschadenhaftpflichtversicherung für Finanzanlagenvermittler gestellt werden, sind in Abschn. 3 der FinVermV geregelt.

### **2.2.1 Gesetzlicher Geltungsbereich**

Einen gesetzlich geregelten Geltungsbereich für die vorgeschriebene Berufshaftpflichtversicherung für Finanzanlagenvermittler nach § 34f GewO gibt es nicht.

### **2.2.2 Gesetzliche Mindestdeckungssummen**

Die gesetzlich festgelegte Mindestversicherungssumme der Berufshaftpflichtversicherung für Finanzanlagenvermittler betrug bis zum 14. Januar 2013 1.130.000 € für jeden Versicherungsfall und 1.700.000 € für alle Versicherungsfälle eines Jahres. Wie gesetzlich in § 9 Abs. 2 FinVermV vorgeschrieben, änderten sich die Versicherungssummen am 15. Januar 2013 prozentual gemäß den vom statistischen Amt der Europäischen Union, kurz Euro-Stat, veröffentlichten Änderungen des Europäischen Verbraucherpreisindex.

Die Mindestversicherungssumme für jeden Versicherungsfall beträgt seitdem für jeden Versicherungsfall 1.230.000 € und für alle Versicherungsfälle eines Jahres 1.850.000 €, wie der Bekanntmachung im Bundesanzeiger des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie vom 2. Januar 2013 zu entnehmen ist. Zudem ist in der FinVermV eine entsprechende Änderung regelmäßig alle fünf Jahre ab dem genannten ersten Änderungs-termin festgeschrieben. Wie hoch die jeweils angepassten Mindestversicherungssummen sind, wird jeweils zum 2. Januar des jeweiligen Jahres, in dem die Anpassung zu erfolgen

hat, durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie im Bundesanzeiger veröffentlicht.

### 2.2.3 Gesetzlich vorgeschriebener Versicherungsumfang

Auch der Mindestversicherungsumfang ist vorgeschrieben. Wörtlich heißt es in § 9 Abs. 3 bis 5 FinVermV: „(3) Der Versicherungsvertrag muss Deckung für die sich aus der gewerblichen Tätigkeit im Anwendungsbereich dieser Verordnung ergebenden Haftpflichtgefahren für Vermögensschäden gewähren. Der Versicherungsvertrag muss sich auch auf solche Vermögensschäden erstrecken, für die der Versicherungspflichtige nach § 278 oder § 831 BGB (Bürgerliches Gesetzbuch) einzustehen hat, soweit die Erfüllungs- oder Verrichtungsgehilfen nicht selbst zum Abschluss einer solchen Berufshaftpflichtversicherung verpflichtet sind. Ist der Gewerbetreibende in einer oder mehreren Personenhandelsgesellschaften als geschäftsführender Gesellschafter tätig, muss für die jeweilige Personenhandelsgesellschaft jeweils ein Versicherungsvertrag abgeschlossen werden; der Versicherungsvertrag kann auch die Tätigkeiten des Gewerbetreibenden nach Satz 1 abdecken.

(4) Der Versicherungsvertrag hat Versicherungsschutz für jede einzelne Pflichtverletzung zu gewähren, die gesetzliche Haftpflichtansprüche privatrechtlichen Inhalts gegen den Versicherungspflichtigen zur Folge haben könnte; dabei kann vereinbart werden, dass sämtliche Pflichtverletzungen bei Erledigung eines einheitlichen Geschäfts als ein Versicherungsfall gelten.

(5) Von der Versicherung kann die Haftung für Ersatzansprüche wegen wissentlicher Pflichtverletzung ausgeschlossen werden. Weitere Ausschlüsse sind nur insoweit zulässig, als sie marktüblich sind und dem Zweck der Berufshaftpflichtversicherung nicht zuwiderlaufen.“

Der Gesetzestext ist damit identisch mit § 9 Abs. 3 bis 5 VersVermV, also der Gesetzesgrundlage für die Berufshaftpflichtversicherung für Versicherungsvermittler und -berater. Wie bei den Versicherungsvermittlern und -beratern erstreckt sich die gesetzlich vorgeschriebene Berufshaftpflichtversicherung für die Finanzanlagenvermittler und -berater in erster Linie auf Vermögensschäden, die im Zusammenhang mit den Vermittlungs- und Beratungstätigkeiten resultieren. Nicht verlangt wird ein typischer Betriebshaftpflichtschutz, also die Absicherung von Sach- und/oder Personenschäden, die ein Vermittler im Rahmen seiner Tätigkeit einem Kunden zufügen könnte, beispielsweise wenn er beim Kundenbesuch versehentlich eine Vase oder anderes Inventar beschädigt. Zudem gibt es diverse andere Konstellationen, die nicht unter die Rahmenbedingungen des FinVermV fallen, aber für den Vermittler im Schadenfall sogar existenzgefährdend sein können, und deshalb auch versichert werden sollten.

Jede Personenhandelsgesellschaft, die Finanzanlagen vermittelt oder eine Finanzanlagenberatung durchführt, muss nach § 9 Abs. 3 FinVermV eine entsprechende gesetzlich vorgeschriebene Berufshaftpflichtversicherung haben. Zusätzlich muss auch für den geschäftsführenden Gesellschafter der Personenhandelsgesellschaft, sofern es sich um einen

erlaubnispflichtigen Vermittler handelt, ebenfalls eine Berufshaftpflichtversicherung bestehen. Der Versicherungsschutz für das Unternehmen und auch für den oder die Gesellschafter kann in einem Vertrag geregelt sein. Es ist also möglich, zwei separate Berufs- bzw. Vermögensschaden-Haftpflichtversicherungen abzuschließen, nämlich eine für die Personenhandelsgesellschaft und eine für den Erlaubnisinhaber, der als geschäftsführender Gesellschafter tätig ist. Es kann aber auch ein Haftpflichtversicherungsvertrag für die Personenhandelsgesellschaft abgeschlossen werden, in dem festgelegt ist, dass der Versicherungsschutz in der gesetzlich geforderten Höhe auch für den mitversicherten geschäftsführenden Gesellschafter als Erlaubnisinhaber unabhängig von seiner Tätigkeit in der Personenhandelsgesellschaft besteht.

Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung für  
Versicherungsvermittler

Rechtsgrundlagen, Anbieter, Leistungsvergleich

Zwick, M.

2014, IX, 176 S. 1 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-03315-6